3. Jahrgang. Nr. 79.

Einzelnummer 25 Pfg.

Schlesische Arbeiter-Zeitung

Parteiblatt der Vereinigten Kommunistischen Partei Deutschlands (Sektion der Kommunistischen Internationale)

Bezugspreise: Einzelnummer 25 Pf. Durch Austräger 1,40 Mk. für die Woche, 6,10 Mk. für den Monat. Durch die Post 6,10 Mk. für den Monat. Postscheckkonto: Nr. 23885 „Sozialistischer Verlag e. G. m. b. H.“, Breslau. Fernsprech-Anschluß: Ring Nr. 8837.

Sonnabend, 9. April 1921

Anzeigenpreise: Die 8gespaltene Millimeterzeile oder deren Raum 0,80 Mk., auswärts 0,90 Mk. Stellen- und Wohnungsgesuche, Familiennachrichten, Vereins- und Versammlungs-Anzeigen 0,40 Mk. Reklame: Die Millimeterzeile, 3gespalten oder deren Raum im Text 3,— Mk.

Der Bürgerkrieg in England.

Da sich die Lage im englischen Bergarbeiterstreik immer mehr zugespitzt hat, hat die englische Regierung ihr altes erprobtes Mittel wieder in Anwendung gebracht, die Arbeiterklasse durch das Hinwerfen einiger Brocken von ihrem Tische weiter an der Kandare zu halten. Reuter meldet vom 6. April:

London, 6. April. (WTB.) Reuter meldet: Infolge des Eingreifens des Premierministers, der die Bergwerksbesitzer und Bergarbeiter aufgefordert hat, in einer gemeinsamen Zusammenkunft die Verhandlungen wieder aufzunehmen, hat sich die Streiklage zum Besseren gewendet. Beide Parteien haben die Einladung angenommen.

Inzwischen haben die Eisenbahner, die in der Streikfrage noch nicht zur Entscheidung gelangt sind, ihre Konferenz auf morgen vertagt. Es ist wahrscheinlich, daß die Transportarbeiter und die Eisenbahner den Ausgang der neuen Verhandlungen abwarten werden, ehe sie zu einer entschiedenen Aktion schreiten.

Inzwischen haben die Verhandlungen stattgefunden. Das Ergebnis bringt lakonisch Reuter so:

London, 7. April. (Reuter.) Die Verhandlungen zwischen Lloyd George und den Bergleuten sind gescheitert. Die Bergleute kommen infolgedessen nicht mit den Bergwerksbesitzern zusammen.

Die Kompromißverhandlungen zwischen Bourgeoisie und Proletariat sind also gescheitert. Das heißt, daß jetzt der Transportarbeiter- und der Eisenbahnerverband zu der Waffe des Generalstreiks greifen werden. Zum erstenmal sehen sich in England Bourgeoisie und Proletariat ins Weiße des Auges, zum erstenmal schlägt der Klassenkampf des Proletariats in den Bürgerkrieg gegen die Bourgeoisie um. Die kleinen Vorpostengeplänkel mehren sich:

In der Nähe von Shotts hielten die Bergleute auf den Chausseen alle Automobile an und zerstörten sie; dann zogen sie auf die Bergwerke, verbrannten die Zechengebäude und zündeten die Heuschober an. In Beaton in Lancashire gab es viele Verwundete bei einem Zusammenstoß zwischen Bergleuten und der Polizei. An einem anderen Orte wurde der Bergwerksdirektor von den Arbeitern gefangengenommen und erst nach verschiedenen Angriffen der Polizei wieder gerettet.

Kämpfe in Schottland.

London, 6. April. Nach Reuter melden die „Daily Chronicle“, daß die Unruhen in Schottland zunehmen. In Fife hat gestern eine „aufrührerische Menge Ausschreitungen begangen. In Cowdenbeath ist ein Aufseher, der sich weigerte, die Werkspumpe zu verlassen, weggeschleppt worden. Ein großes Polizeiaufgebot machte von den Gummiknüppeln Gebrauch. Die Polizei griff die Menge an und befreite den Aufseher aus ihrer Hand. Die Bergarbeiter hißten eine rote Flagge und versammelten sich zu Tausenden, so daß es schließlich zu einer regelrechten Belagerung der Polizei kam. Gegen Mitternacht fanden schwere Kämpfe zwischen den Bergarbeitern und den Polizeimannschaften statt. Polizei von anderen Orten mußte zu Hilfe herbeigerufen werden. Die Zusammenstöße, die zwischen den beiden Parteien erfolgten, sind sehr zahlreich. Es wird gemeldet, daß bei den Kämpfen eine größere Anzahl von Personen verwundet wurde. Die Streikenden zerstörten u. a. die Straßenbeleuchtung. Die Unruhen, es wird sogar von einem regelrechten Gefecht gesprochen, dauerten bis spät in die Nacht fort.

Die Konterrevolution rüstet ihrerseits weiter.

Aus Portland gingen 12 Torpedobootszerstörer ab, die für verschiedene Häfen bestimmt sind, um dort eventuell in den Kampf zwischen den Streikenden und der Polizei eingreifen zu können.

„Daily Herald“ meldet, daß die

Truppenkontingente aus Indien zurückgerufen worden sind

und mit Maschinengewehren und Tanks ausgerüstet werden. Sie sollen an den am meisten gefährdeten Punkten des Landes konzentriert werden.

Daß auch die Bergleute es verstanden haben, sich in den Besitz von Waffen zu setzen, zeigt folgende Meldung:

Bewaffnete Bergarbeiter.

Edinburg, 6. April. 500 bewaffnete Bergarbeiter überfielen mit Stöcken und Steinen die bei der Grubenförderung beschäftigten Arbeiter in der Umgebung von Edinburg und vernichteten daselbst die Maschinen und das Material, so daß das Wasser in die Gruben eindrang.

* * *

Die Zeit ist also nicht mehr allzu fern, wo auch die kapitalistische Hochburg Europas, England, zusammenbrechen wird. Es lebe die Räterepublik England!

* * *

Während die englischen Arbeiter mit den Waffen in der Hand gegen ihre Ausbeuter vorgehen, beeilen sich ihre Führer, ihnen hinterrücks in den Rücken zu fallen und den Streik, der an den Grundfesten des Kapitalismus rüttelt, abzuwürgen. Wenn Rosa Luxemburg auf dem Gründungsparteitag der Kommunistischen Partei erklärte, daß auf dieser Erde niemals größere Schufte und Verbrecher gesehen worden sind, als die deutschen Gewerkschaftsführer, so gilt das heute allgemein von der Gewerkschaftsbürokratie jedes Landes. Thomas hat in seiner allerneuesten Rede erklärt:

„Ich bedaure, daß die Pumpenarbeiter nicht mehr in den Gruben arbeiten, und ich verstehe, daß der Premierminister an die gesunde Vernunft appelliert, damit eine gute Atmosphäre herbeigeführt werden kann für das Gelingen der Verhandlungen.“

Und von Komplizen Clynes wird folgendes berichtet:

Clynes lenkte die allgemeine Aufmerksamkeit darauf, daß die Frage der Pumpenarbeiter in einer gemeinschaftlichen Sitzung besprochen werden müsse. Clynes versicherte, Lloyd George habe die Sympathie der Arbeiterabgeordneten bei den Verhandlungen mit dem Ausschuß des Bergstreikbundes. Die Arbeiterpartei hat sich an die Seite Lloyd Georges gestellt.

Die Folge dieses schurkischen Verrats wird sein, daß die englischen Arbeiter ihren Führern den Laufpaß geben werden, und in das Lager kommen werden, über dem die rote Fahne der Kommunistischen Internationale weht.

Rußlands neue Weltstellung.

Aus Moskau schreibt man uns:

Die Märztage 1921 haben in der Geschichte des proletarischen Rußlands einige neue Marksteine aufgerichtet. Die deutsche Arbeiterklasse, die, um nicht unterzugehen, als nächste den Schritt zur sozialen Revolution nötig braucht, muß mit gespanntester Aufmerksamkeit die neuen Erscheinungen in der inneren und äußeren Lage der russischen Räterepublik beobachten.

Zur Zeit der schwierigsten inneren Verhältnisse, der Verkehrsnot und der daraus entspringenden Lebensmittelknappheit und katastrophalen Kohlennot, ist doch der Räteregierung noch der wirtschaftliche Durchbruch zum Weltmarkt gelungen. In den letzten zwei Wochen des Märzmonats überstürzten sich die Meldungen über diesen umwälzenden Erfolg der Sowjetdiplomatie. Das Handelsabkommen mit England wurde endlich in London unterzeichnet. Die italienische Regierung empfing die offizielle Sowjetgesandtschaft bei ihrem Einzug in Rom mit großer Feierlichkeit, Polen drängte auf einen raschen Abschluß des Friedensvertrages. Die georgische ehemalige demokratische Regierung machte annehmbare Vorschläge für einen Friedensabschluß.

Die von Frankreich, dem Hort der antibolschewistischen Reaktion, geschürte Kronstädter Bewegung wurde nach kurzem, energischem Kampf erledigt. Der Lügenfeldzug der ausländischen Presse über andere Aufstände in Rußland wurde enthüllt und brach schmählich zusammen. Und die letzten Märztage brachten noch die Nachricht, daß die Vereinigten Staaten Nordamerikas der russischen Regierung mitgeteilt haben, daß Amerika bereit sei, auf Grund der vorgeschlagenen Bedingungen die Handelsbeziehungen mit Sowjetrußland aufzunehmen.

Die türkische Regierung bestätigte durch Beschluß den von den beiderseitigen Delegierten ausgearbeiteten Friedens- und Freundschaftsvertrag der Türkei mit Rußland.

Die russische Außenpolitik hat nach langen, schweren Bemühungen ihre ersten großen durchschlagenden Erfolge zu verzeichnen; die kommunistische Republik Rußlands steht an einem außenpolitischen Wendepunkt. Der Sozialismus hat eine Etappe der Weltrevolution erfolgreich überwunden.

Und was sagen dazu die sogenannten Sozialisten? Oh, wir wissen sehr gut, daß die Sozialdemokraten beider Fraktionen aus neidischem Parteiegoismus die neuen Handelsverträge Rußlands verächtlich zu machen versuchen, indem sie höhnend behaupten, die Kommunisten hätten durch diese Verträge Konzessionen an den Kapitalismus gemacht. Diese traurigen Helden und ihre Nachläufer wollen nicht sehen, daß Konzessionen an den Kapitalismus überhaupt nur noch deswegen nötig werden könnten, weil die feigen Sozialisten anderer Länder nicht fähig und nicht willens waren, den Kapitalismus ihres eigenen Landes so zu stürzen, wie die Kommunisten ihn in Rußland unter allerschwersten Opfern überwunden haben. Hätten die Sozialisten anderer Länder in der gleich heldenhaften Weise Opfer zu bringen und zu ertragen gewußt, wie die Millionen russischer Märtyrer der Weltrevolution es noch täglich und stündlich müssen, so brauchten die Verräter der Revolution heute nicht mehr — bar jeden Schamgefühls — über Konzessionen zu flennen. Sie allein haben, wenn überhaupt diese Verträge eine Schwäche der Weltrevolution bedeuten, diese Schwächung verschuldet.

Wir aber sehen die andere Seite, die ganz ein Triumph Räterußlands ist. Nach dreijährigen mörderischen Kriegen, nach den auf allen Fronten abgeschlagenen Angriffen, nach empfindlichen Niederlagen der Entente, dem Zusammenbruch der Weißgardisten und dem siegreich bestandenen offenen Bürgerkrieg, steht der erste proletarische Weltstaat noch immer in Not und Tod so aufrecht da, daß die stärksten Kapitalsmächte der alten und der neuen Welt ihn zähneknirschend als gleichberechtigt und verhandlungsfähig anerkennen mußten. Die proletarische Staatsmacht hat sich damit ihre Legalisierung ertrotzt. Der profitgierige Kapitalismus braucht Kundschaft, und so machen seine Regierungen dem Bolschewismus ihre Referenz. Räterußland hat den Durchbruch nach dem Westen und Osten endlich nach einjährigem Verhandeln, aber dafür auch gleich bei den allerstärksten Bastionen, England und Amerika, erreicht. Der kapitalistische Bann ist gebrochen, niemand redet mehr von Blockade. Die Hunde der kapitalistischen Konkurrenz werden sich bald gegenseitig jagen und beißen, um den größten Happen der Lieferungen zu erhaschen.

Der proletarischen Diktatur ist der große Weltverkehr eröffnet worden; sie wird stolz voranschreiten und die anderen überwinden mit und ohne Konzessionen.

Zur preußischen Regierungsbildung.

Der „Vorwärts“ meldet, daß die Stellung der sozialdemokratischen Partei zu einer Regierungskoalition mit der Deutschen Volkspartei in Preußen sich nicht geändert habe, da „bisher keine neuen Tatsachen“ gegeben seien. Die Versprechungen, die die sozialdemokratische Partei von der monarchistischen Großindustriellenpartei, der Deutschen Volkspartei, verlangt, Bekenntnis zur Republik, sowie zur Demokratisierung der Verwaltung, will diese, trotz dem Betteln auch der demokratischen Presse darum, nicht geben; — die Deutsche Volkspartei, die nur in vorsichtiger Weise der Arbeiterschaft gegenüber dieselben Ziele verfolgt, wie die Deutschnationalen, scheint die Zeit schon für gekommen zu halten, da sie auf die Hilfe der Sozialdemokraten verzichten kann; sie ist noch nicht ganz zufrieden mit ihnen: Höfing soll ihnen größere Blutopfer bringen, mit den Ebertschen Ausnahmegerichten, die auch von der preußischen Regierung gebilligt wurden, sind sie schon zufrieden; aber es soll alles in diesem Tone gehen. Die Deutschnationale Volkspartei stellt ein Ultimatum an die anderen bürgerlichen Parteien, ihre Presse droht und schwört Rache: sie verlangen von der Deutschen Volkspartei die Bildung einer Regierung, welche die Schreckensherrschaft gegenüber der Arbeiterschaft zu einer dauernden, jede, aber auch jede Regung der Arbeiterklasse unmöglich macht. Wie die „Deutsche Zeitung“ in der Frage der Entwaffnung der bayrischen Orgesch schreibt:

„Wir möchten daher in letzter Stunde die jüdisch-sozialistischen Machthaber an der Spree noch einmal dringend davor warnen, weiter mit dem Feuer zu spielen. Der Einsatz bei diesem verruchten Spiel ist ein sehr hoher, mit welcher Andeutung wir uns heute begnügen wollen.“

So betitelt auch die „Deutsche Tageszeitung“ ihren Artikel zur Regierungsbildung: Eine letzte Mahnung zur Regierungsbildung. Offentlich bestehen die Sozialdemokraten auf ihrer Forderung der alten Regierungskoalition, und um die anderen bürgerlichen Parteien geneigter zu machen, spielt Severing den Löwen; er mag ihn spielen, die Masse der Arbeiterschaft wird ihm doch nur das Fell gerben. So versucht die sozialdemokratische Partei einen Druck auf die Bürgerlichen auszuüben und zugleich die verloren gehenden Arbeiterschichten bei sich zu halten, um, gelingt es ihr, die Deutsche Volkspartei zu Versprechungen wenigstens zu bewegen, schweren Herzens für die Republik die Last der Regierungssorgen mit der Deutschen Volkspartei zusammen weiterzutragen; gelingt es ihr nicht, sich als Vertreterin der Arbeiter aufzuspielen, die als solche nicht mit der monarchistischen Großindustriellenpartei gehen können, obwohl sie in Mecklenburg mit ihr beisammen sitzt.

Und ein anderes noch! Die Schwächlinge der deutschen Politik versuchen seit langem, um die ungeheure Kriegslast loszuwerden, die Entente zu sprengen. Das wird und kann der unfähigen deutschen Diplomatie nie gelingen, weil — nun, weil sie eben russische und proletarische Mittel scheut. Die Bolschewiki aber erreichen dieses Ziel. Durch den englischen Handelsvertrag und den offiziellen Einzug der Sowjetgesandtschaft in Rom ist das reaktionäre Frankreich, für das in Deutschland gegenwärtig demokratische Zeitungen die antibolschewistische Hetze besorgen, bereits in eine sehr schiefe Lage gekommen. Es ist sowohl im französischen Parlament als auch seltsamerweise im Auswärtigen Amt in Berlin sehr übel vermerkt worden, daß England den Handelsvertrag unterschrieb und Italien die Sowjetgesandtschaft empfing, während noch das von französischem Golde und deutschen Hoffnungen begünstigte Kronstädter Abenteuer voll im Schwunge war. Sowohl Deutschlands Diplomaten wie auch das reaktionäre Frankreich rechneten auf Kronstadt und weitere konterrevolutionäre Erscheinungen in Rußland. Die übrige Entente aber und Amerika anerkennen die jetzige Sowjetregierung und nehmen die geschäftlichen Beziehungen zu Räterußland auf. (Schluß folgt.)

Politische Uebersicht.

Severing gesteht die Mordabsicht ein.

Herr Severing, der preußische Noske, veröffentlicht in einer Zeitschrift einen von der bürgerlichen Presse mit Jubel aufgenommenen Artikel über den Märzaufstand, in dem er ausplaudert, was wir Kommunisten schon lange wußten: Mit Absicht hat die preußische Regierung, die eigentlich gar kein Recht mehr zu irgendwelchen Beschlüssen von politischer Tragweite besitzt, die Blutbäder in Mitteldeutschland inszeniert! Herr Severing polemisiert in diesem Artikel gegen die Kritik, die an dem dezentralisierten Auftreten der Schutzpolizei in Mitteldeutschland von reaktionärer Seite geübt worden ist. Und welche Argumente führt der Rechtssozialist Severing an? „Wäre der Einsatz von Polizeikräften so massiert worden, wie es heute als größte Weisheit bezeichnet wird, dann wäre das Gewitter nicht zur Entladung gekommen, die Schwüle aber geblieben, der Aufstand wäre latent geblieben“.

Also mit voller Absicht, in heimtückischer Niedertracht hat der Innenminister Severing, der seit dem 20. Februar nur die geschäftliche Abwicklung der Dinge zu regeln hatte, in verschiedene Mansfelder Dörfer und Städte die Sipo und Schupo geschickt. Er wollte den Aufstand, nach eigenem Bekenntnis, weil er es als „latenten Aufstand“ betrachtete, daß in Mitteldeutschland die Kommunistische Partei ausschlaggebend innerhalb der Arbeiterschaft war. Wir können erfreulicherweise feststellen, daß die politischen Spekulationen, die also die Noskesozialisten zu ihrem arbeitermörderischen Vorgehen trieb, gescheitert sind. Nur neuer Konfliktsstoff, neue unendliche Erbitterung ist innerhalb der mitteldeutschen Arbeiterschaft geschaffen worden, die sich ebenso wie gegen die weißen Bestien auch gegen deren rechtssozialistische Auftraggeber wendet. Unsere Partei aber ist ungebrochen und wird weiterhin dafür sorgen, daß Herr Severing oder sein Nachfolger unruhig schläft, wenn er an Mitteldeutschland denkt.

Die Immunität unserer Genossen im Hamburger Parlament aufgehoben.

Ueberall in Deutschland beginnt die weiße Justiz ihr Wüten gegen die Kommunisten. Mit einer Wollust, die ihresgleichen sucht, wirft sie sich auf das revolutionäre Proletariat, um es hinter Kerkermauern zu bringen, es auf der „Flucht“ oder standrechtlich zu ermorden. Die Klassenjustiz entzüllt wiederum in dieser freiesten aller Republiken unverschämt ihr wahres Gesicht.

Da darf auch die Hamburger Bürgerschaft, das „Parlament des souveränen Volkes“ nicht zurückstehen. Mit einer devoten Verbeugung vor dem Herrn Generalstaatsanwalt bekundet sie ihre Dienstbeflissenheit und zögert keinen Augenblick, dem vom Generalstaatsanwalt gestellten Antrag auf Aufhebung der Immunität unserer Genossen Lindau, Bästlein, Köppen und Jöllner stattzugeben.

Nachdem jetzt wochenlang die bürgerliche und sozialdemokratische Pressekanaille die Stimmung des gerechtsamen Bürgermannes vorbereitet hat, fällt es nicht schwer, den „Volksvertreter“ zu mimen und sich zum Sprachrohr des dreimal geheiligten Volkswillens auszugeben.

Die Immunität unserer genannten vier Genossen ist am 6. April nach einer Begründung durch den Sozialdemokraten Fischer und nach einer fünfstündigen Rede unserer Genossin Guttmann aufgehoben worden. Damit ist die Hamburger Bürgerschaft unzweideutig zur Bahnbrecherin für das Wüten der weißen Justiz gegen die Kommunisten auch in den Parlamenten geworden.

Die sozialdemokratisch orientierte Hamburger Regierung darf für sich in Anspruch nehmen, zum ersten Mal die Immunität wegen politischer Vergehen aufgehoben zu haben. Das bürgerliche Parlament entmannt und entwürdigt sich selbst und läßt das Geschrei von der Souveränität des Volkes zu einer Farce werden.

Rechtssozialistischer Verfassungsbruch in Mecklenburg-Schwerin.

Die Rechtssozialisten bemühen sich, zwischen Orgesch-Bayern und Hubertus-Mecklenburg eine Linie herzustellen. Der verantwortliche Schriftleiter der „Volksmacht“ in Rostock, Genosse Magenburg, erhielt eine Ladung zur verantwortlichen Vernehmung in einer Strafsache gegen ihn. Da Genosse Magenburg Mitglied des Schweriner Landtages ist, lehnte er sein Erscheinen ohne Zustimmung des Landtages ab. Er erhielt hierauf eine erneute Ladung, die spitzfindige Deduktionen zwischen Wahldauer des Landtages und Sitzungsabschnitten macht und die Verhaftung bei Nichtbefolgung der Ladung (und bei Befolgung der Ladung?) androht. Der Schweriner Landtag kennt nur einen Sitzungsabschnitt, dieser läuft von Wahltag zu Wahltag, stimmt also mit der Wahldauer des Landtages überein. Die Landtagsfraktion der VKPD. verlangte infolgedessen das Einschreiten des rechtssozialistischen Landtagspräsidenten. Dieser lehnte Schritte zu Gunsten des Kommunisten Mayenburg ab. Hierauf wurde bei dem Justizministerium ein Eingreifen gefordert. Da stellte sich aber heraus, daß der Justizminister Dr. Pittweger (SPD.) die verfassungswidrige Ladung veranlaßt hat.

Genosse Mayenburg konnte nicht vor Gericht erscheinen, weil er bis zur nächsten Sitzung des Landtages eine Versammlungstour übernommen hat, um die Arbeiterschaft über ihre Pflicht aufzuklären. Darauf versuchte man Genossen Mayenburg — allerdings erfolglos — zu verhaften.

Bei den Rechtssozialisten braucht man sich wirklich über nichts mehr zu wundern. Sie sind tiefer gesunken als je eine politische Partei.

Verschärfung des Entwaffnungskonfliktes.

Amtlich wird aus München mitgeteilt: Der Ministerrat beschäftigte sich in seiner gestrigen Sitzung mit der vom Reichsminister Dr. Heinze im Auftrage der Reichsregierung überbrachten Note vom 23. März. In der vom Ministerrat beschlossenen Antwort an die Reichsregierung schlägt die bayerische Reichsregierung mit eingehender Begründung vor, bei gegebenem Anlaß mit der Entente in neue Verhandlungen wegen der Entwaffnungsfrage einzutreten.

Bayern denkt nicht daran, seine Einwohnerwehren zu entwaffnen; die Deutschnationalen des ganzen Reiches drohen mit der offenen Gegenrevolution zum Schutze der Einwohnerwehren.

Zu der obigen Meldung schreibt die „München-Augsburger Abendzeitung“:

„Im übrigen vermag die bayerische Regierung nach unserer Kenntnis der Sachlage von ihrer bisherigen Haltung in der Einwohnerwehrfrage und von der Ueberzeugung, daß die Einwohnerwehr zur Zeit nicht entwaffnet werden kann, nicht abzugehen, weil es einfach unmöglich ist, die Entwaffnung durchzuführen, solange im ganzen Lande die feste Ueberzeugung vorhanden ist, daß wir die Einwohnerwehren und die Furcht vor ihren Waffen brauchen, um Zustände zu vermeiden, wie sie in Mitteldeutschland durch das Fehlen einer solchen Organisation möglich wurden.“

Die Reichsregierung, die in Wirklichkeit ganz damit einverstanden ist, soll von der Entente zu einem Einschreiten gezwungen werden, wie aus folgendem Bericht ersichtlich ist:

Die „Münchener Neuesten Nachrichten“ bringen aus Straßburg i. Els. eine Meldung, wonach die Botschafterkonferenz übereingekommen ist, daß die Gefahr kommunistischer Bewegungen in Bayern nicht größer sei als in irgendeinem anderen deutschen Landstrich und daß Bayern daher kein Recht habe, gegen die Bestimmungen des Friedensvertrages zu handeln und sich der Entwaffnung der Einwohnerwehren zu widersetzen. Die Alliierten würden in dieser Angelegenheit eine besondere Note nach Berlin richten, aber eine direkte Auseinandersetzung mit München ablehnen.

Offenkundig wendet sich die Entente nicht gegen Bayern direkt, sondern an die Regierung, um den Konflikt zwischen Reichsregierung und Bayern zu schüren.

Die Deutschnationalen denken so wenig an die Entwaffnung ihrer bestehenden „Selbstschutzorganisationen“, daß sie offen erklären, auch weiter in der Neubildung von solchen fortzufahren. Die „Deutsche Zeitung“ schreibt:

„Die Arbeiter sind den Bürgern vorangegangen; und Arbeiter so wenig wie Bürger werden es sich verwehren lassen, für ihre Sicherheit zu sorgen, wenn es sonst niemand tut.“

Orgesch rüstet weiter; und mag die „Freiheit“, wie sie es heute tut, noch so sehr winseln, daß es Wahrheit werde.

„Nicht mit den Werkzeugen der Reaktion, nur mit geistigen Waffen kämpfen wir.“

Die Arbeiterschaft weiß, was ihre heilige Pflicht ist: sie rüste sich mit den Waffen, mit denen sie die Reaktion beseitigen kann.

Die Beerdigung des Genossen Sült.

Das revolutionäre Proletariat Berlins, ohne Unterschied der Parteirichtung, war zu Zehntausenden erschienen, um ihrem toten Führer das letzte Geleit zu geben. Der hinterhältige Meuchelmord hatte diese Massen jäh aufgeschreckt, hatte sie erkennen lassen, daß dieser geschmähte und verleumdete Proletarier für ihre eigene Sache gefallen war. Zu der am Mittwoch vormittag in der Bötzow-Brauerei stattgefundenen Trauerfeier waren außer den nächsten Angehörigen und Vertretern der Partei fast aus allen Betrieben Abordnungen erschienen. Hier sprach der Genosse Friesland als Vertreter der Partei und als Vertreter der kommunistischen Jugend Genosse Gollwick. Beide gedachten der aufopfernden Tätigkeit des Genossen Sült und riefen den Berliner Proletariern die Worte zu, die der Gemeuchelte ihnen zugerufen hatte: Kämpfet alle so für die Revolution, wie ich für sie gekämpft habe. Für den Gefallenen müssen zehn neue Kämpfer erstehen. Vertreter der Elektrizitätsarbeiter und der städtischen Arbeiter und Angestellten sprachen Worte des Dankes für die unermüdliche Sorge Sülts für das Wohl seiner Genossen.

Der Zug nach dem Friedhof Friedrichsfelde, wo Genosse Sült zur Seite von Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht in die Erde gesenkt wurde, gestaltete sich zu einem unübersehbaren Aufmarsch des Berliner Proletariats. Die vielen Tausende Elektrizitätsarbeiter führten an ihrer Spitze ein Schild mit der Aufschrift:

Den Mord an Dir,
Den rächen wir.

Am Grabe sprach Genosse Brandler von der Zentrale der VKPD., sowie Vertreter anderer Parteien, der Jugend und der Elektrizitätsarbeiter.

Der weiße Terror.

Schweres Geschütz gegen die mitteldeutschen Arbeiter.

Nachdem die kämpfenden Arbeiter in Mitteldeutschland niedergeschlagen sind, rüstet die Regierung, um ihre Knebelung durch die Schutzpolizei zu einer dauernden zu machen. Der „Lokal-Anzeiger“ teilt dazu mit:

Wie wir hören, beschäftigen sich die zuständigen Regierungsstellen in Preußen mit der Frage einer wirksameren Bewaffnung der Polizei. Die Vorgänge bei den jüngsten Unruhen in Mitteldeutschland haben dem Minister des Innern Herrn Severing davon überzeugt, daß die jetzige Bewaffnung der Polizei völlig unzureichend ist. Ortskundige und gutbewaffnete Banden lassen sich nur dann schnell und nachhaltig bekämpfen, wenn der mit der Wiederherstellung der Ordnung beauftragten Polizei auch Großkampfmittel, wie Geschütze und Minenwerfer, zur Verfügung stehen. Im Ministerium des Innern befaßt man sich deshalb mit der Herstellung einer Denkschrift, die alle dafür in Betracht kommenden Tatsachen dokumentarisch festlegt und den Nachweis führen wird, daß die jetzige unzureichende Bewaffnung der Polizei der preußischen und auch der deutschen Reichsregierung in der Ausführung der Friedensbedingungen geradezu die Hände bindet.

Der Widerspruch zwischen den Lobhudeleien, mit denen die Sipo anläßlich ihrer Siege über die Aufrührer von Severing überschüttet wird, und der angeblich ungenügenden Bewaffnung über die sich jetzt derselbe Severing den Kopf zerbricht, ist offenkundig. Er findet seine Erklärung darin, daß der Bourgeoisie und der Regierung sehr wohl bewußt ist, daß die Knebelungsaktion, die sie begonnen haben, je länger je mehr auf den Widerstand der breitesten Massen des mitteldeutschen und gesamten deutschen Proletariats stoßen wird. Das zeigt zugleich am besten, was von dem bürgerlichen und menschewistischen Gerede über den „Putsch, den die breiten Schichten der Arbeiterschaft ablehnten“, zu halten ist.

Die Bewaffnungspläne der preußischen Regierung zeigen der Arbeiterklasse, was ihr von der Bourgeoisie und deren sozialdemokratischen Parteien zugedacht ist. Sie muß sich also rüsten, den für diesmal abgebrochenen Kampf auf der breitesten Grundlage wieder aufzunehmen.

Der Brutalität der junkerlich-bourgeoisen Konterrevolution genügt es nicht mehr, Arbeiter, die dem Sozialismus treu geblieben waren, in die Zuchthäuser und Gefängnisse zu werfen. 15 Millionen Arbeiter sind bekanntlich in der deutschen Ebertrepublik überflüssig; was zweckmäßiger also, mit dem mitteldeutschen Arbeiter den Anfang zu machen. Früher schlug man wohl überflüssige Menschen tot; jetzt aber, wo wir die Segnungen des Christentums und der modernen Kultur haben, geht das nicht mehr recht an. Man läßt daher die Revolutionäre langsam und allmählich verhungern, wie folgende Meldung, die der systematischen Grausamkeit der Bourgeoisie die Krone aufsetzt, beweist:

Halle, 7. April. Der Reichswohlfahrtsminister (!!) und der Reichsarbeitsminister haben im Einvernehmen mit der Reichsregierung dem Magistrat von Naumburg gedrahtet, daß Erwerbslosenunterstützungen für die bisher beim Leunawerk oder bei den dort tätigen Baufirmen beschäftigten Arbeiter nicht zulässig sind.

Der Reichswohlfahrtsminister sorgt also für die Wohlfahrt des Proletariats dadurch, daß er sie möglichst schnell auf den Kirchhof bringen will. Und in der Tat ist es besser zu sterben, als in der Dörre der Konterrevolution geistig und körperlich zu verfaulen. Möge bald die Zeit kommen, wo der Reichswohlfahrtsminister und die Reichsregierung erwerbslos sind!

Die weiße Justizbestie in Hamburg.

Die Kappverbrecher laufen frei im Lande herum oder erfüllen ehrenhafte Funktionen in der deutschen Republik.

Die bayerische Orgeschregierung darf ungestraft der Reichsregierung trotzen und Gesetz und Verfassung mit Füßen trampeln.

Jeder Konterrevolutionär in Uniform hat das Recht, wehrlose Gefangene auf der „Flucht“ niederzumeucheln.

Kein Hahn kräht danach: sie bleiben alle ehrenwerte Männer. Das Blut, das sie vergossen, ist Gold auf ihrem Wappenschild.

Arme Proletarier aber, die sich unter dem übermächtigen Zwange der Not gegen Hunger und Elend erhoben: sie sind Verbrecher am Wohl des Staates und des Volkes. Sie gehören an den Galgen, in die Zuchthäuser. Sie werden durch Stand- und Ausnahmegerichte erledigt. Recht und Verfassung gelten für sie nicht. Sie sind Aussätzige, weil sie sich gegen den Bestand des kapitalistischen Ausbeuterstaates zu erheben wagten.

In Mitteldeutschland beseitigt die entfesselte Ordnungsbestie die Proleten durch Standgerichte, anderswo werden sie durch Ausnahmegerichte der Rache der Konterrevolution ausgeliefert.

Die ersten Urteile dieser Ausnahmegerichte unter rechtssozialistischer Duldung und unabhängigem Wortlamento liegen jetzt vor.

Aus Hamburg wird uns gemeldet, daß eine Anzahl Arbeiter, deren Verbrechen darin besteht, sich an kommunistischen Demonstrationsversammlungen beteiligt zu haben, vom prompt urteilenden Ausnahmegericht zu ungeheuerlichen Strafen verurteilt wurden. Es erhielten die Angeklagten Weber, Blaase und Czerolka je 1 Jahr Gefängnis, Schlanze 1 Jahr 3 Monate Gefängnis, Pink 1 Jahr 6 Monate Gefängnis, Levy 3 Jahre Gefängnis und Frau Seidler 1 Jahr 6 Monate Zuchthaus.

Warum? Weil sie es gewagt, gegen die kapitalistische Schand- und Ausbeuterwirtschaft öffentlich zu protestieren, weil sie es versucht hatten, der Gewalt der Konterrevolution und Ausbeutersippe die Notwehr des Proletariats entgegenzusetzen.

Das Hamburger Urteil zeigt, was die Proletarier aller Lager zu erwarten haben, wenn der weiße Schrecken mit allen Mitteln sich ungehemmt auch von den feigen Renegaten der revolutionären Aktion austoben darf. Das Hamburger Urteil des Ausnahmegerichts wie die tausend anderen, die gleich schrecklich noch gefällt werden: sie alle richten sich gegen Personen und treffen die proletarische Klasse als Ganzes. Es gibt nur einen Weg zur Beseitigung des weißen Schreckens jeder Art: und das ist der Sturz der Bourgeoisie durch die einheitliche Aktion der proletarischen Klasse!

Hungerstreik in Stuttgart.

Aus Stuttgart wird uns gemeldet:

Unsere 11 verhafteten Genossen befinden sich seit dem 4. April im Hungerstreik. Vier von ihnen sind bereits schwer erkrankt. Sie verweigern die Annahme des Essens deshalb, weil sie bis heute noch nicht dem Untersuchungsrichter vorgeführt wurden, obwohl sie den gesetzlichen Anspruch darauf haben, innerhalb 24 Stunden nach der Verhaftung vor den ordentlichen Richter zur Vernehmung gebracht zu werden. Das ist nach 6tägiger Haft noch nicht geschehen.

Besser kann fürwahr die Aktion des weißen Terrors nicht charakterisiert werden als durch den Verzweiflungsakt unserer Stuttgarter Genossen. Jedem Proletarier, der sich noch einen Funken Klassenbewußtsein bewahrte, müßte die Schamröte ob dieser Schmach ins Gesicht steigen. Volle Mitschuld daran tragen die rechtssozialistischen Futterkrippler und unabhängigen Führerfeiglinge, die durch ihre Kommunistenhetze den weißen Justizbanden erst den Mut zu ihrem verächtlichen Handeln gaben.

Die Entente-Handlanger der Orgesch.

Nachdem bereits am 1. April in Solingen fünf unserer Genossen, darunter der preußische Landtagsabgeordnete Plenge, von der englischen Besatzungsbehörde wegen Aufreizung verhaftet worden war, hat diese nunmehr in Wald, Ohligs und anderen Orten des Solinger Industriegebietes weitere zwanzig Funktionäre der VKPD. hinter Schloß und Riegel gesetzt. Die konterrevolutionäre Arbeitsgemeinschaft zwischen der deutschen und der Entente-Bourgeoisie bewährt sich also über die chauvinistische Haßkomödie hinaus glänzend, sobald ihr gemeinsames Postulat, die kapitalistische Ausbeuterfreiheit, in Gefahr gerät.

Kommunistenverurteilungen im besetzten Gebiet.

Duisburg, 6. April. Bis heute sind ungefähr 900 Kommunisten kriegsgerichtlich abgeurteilt worden. Das belgische Kriegsgericht ist zu diesem Zweck von Aachen nach Mörs verlegt worden. Die Strafen, die verhängt wurden, betragen im Mindestfalle ein Jahr. Unter den Verurteilten befindet sich ein Teil rechtsrheinischer Arbeiter sowie ein Teil Frauen. Der kommunistische Beigeordnete Dr. Gabriel ist zu 5 Jahren Zwangsarbeit verurteilt worden. Die Verurteilten werden nach dem Aachener Gebiet abgeschoben.

Ausland.

Amerika.

Große Lohnkämpfe in Amerika. Die Direktionen der großen Eisenbahnen beschlossen, ihre Löhne um durchschnittlich ein Viertel zu erniedrigen. In Pennsylvanien sind seit Dezember schon 61000 Arbeiter entlassen worden. Die beständigen Lohnherabsetzungen der Eisenbahnkompagnien, die ohnedies von der Regierung eine Subvention von 400 Millionen Dollars erhalten, werden voraussichtlich zu einem Riesenstreik der zwei Millionen amerikanischer Eisenbahner führen. Auch in anderen amerikanischen Industrien finden heftige Lohnkämpfe statt. So streiken gegenwärtig in Newyork die Eisengießer und Teile der Textilarbeiter. Auch die amerikanischen Seeleute haben beschlossen, am 1. Mai mit etwa 1/4 Million Mitgliedern in den Streik zu treten, wenn man die angekündigten Lohnreduktionen in Kraft treten lassen will.

Aus der amerikanischen Gewerkschaftsbewegung.

New York. In den Vereinigten Staaten macht sich unter der Arbeitermasse eine tiefe Gärung bemerkbar, die die amerikanische Arbeitsföderation zu zwingen sucht, ihren konservativen Standpunkt aufzugeben. Auf dem im Februar stattgefundenen Kongreß der Föderation forderte die zahlenmäßig außerordentlich erstarkte Opposition die Wiederaufnahme der Handelsbeziehungen mit Sowjetrußland, den konsequenten Kampf gegen den Militarismus und die volle Abrüstung und sogar die ständige Nationalisierung der Hauptzweige der Wirtschaft.

Selbstverständlich sind solche Forderungen für Gompers und die übrigen Führer der amerikanischen Arbeitsföderation unannehmbar. Doch die Opposition findet einen wachsenden Anhang in der Masse und kämpft schon für die Führung in den Gewerkschaften.

Italien.

In Barzelona sind 140 Fabriken, die 20000 Arbeiter beschäftigen, geschlossen worden. Weitere 420 Werkstätten mit 50000 Arbeitern haben ihre Arbeit auf die Hälfte der Zeit herabgesetzt.

Die neuesten Gewalttaten der italienischen Orgesch. Wie aus Mailand gemeldet wird, haben die Weißgardisten in Fiesole, dem Städtchen bei Florenz, die Räume der Konsumgenossenschaft demoliert.

Dasselbe Schicksal hatten die Büros der Arbeitskammer in Citta di Castello und in Lucca. Ferner kam es an einer Reihe von Orten zu blutigen Zusammenstößen zwischen Arbeitern und Weißgardisten.

In ganz Italien kommt es weiter andauernd zu blutigen Zusammenstößen zwischen den von der Regierung unterstützten Faszisten und der Arbeiterschaft. In San Giovanni bei Florenz hatten die Bergarbeiter einen Konflikt mit der Direktion, in dessen Verlauf die Arbeiterschaft die Direktionsprovokationen damit beantwortete, daß sie den Direktor und einen Ingenieur erschlug. Daraufhin haben die Weißgardisten das Büro der Arbeitskammer demoliert und die Unternehmer alle Bergarbeiter des Gebietes ausgesperrt. In Mailand hält die Polizei weiter die Büros der kommunistischen Partei besetzt und beschlagnahmt ihre Korrespondenz.

In Bologna schleppten die Faszisten die Einrichtung eines Parteilokals auf die Straße und verbrannten sie unter dem Vorwand, aus dem Lokal sei auf sie geschossen worden. Die Telegraphendrähte, die Mailand mit Ankona, Bologna und Florenz verbinden, sind abgeschnitten worden. In Ankona hat die Arbeiterschaft den Generalstreik ausgerufen. In Alessandria kam es ebenfalls zu blutigen Kämpfen zwischen Arbeitern und Weißgardisten.

Der Ministerrat hat dem König vorgeschlagen, die Kammer Mitte Mai aufzulösen und Neuwahlen auszuschreiben.

Der Verrat der unabhängigen und rechtssozialistischen Parteiführer.

Die Haltung der SPD. und USPD. während des letzten Generalstreiks und der Kämpfe in Mitteldeutschland, die zur Aufrichtung des weißen Terrors in brutalster Gestalt führte, wird für immer ein Schandfleck in der Geschichte dieser sogenannten sozialistischen Parteien bleiben. Nicht genug damit, daß sie sich an niederträchtigster Beschimpfung der kämpfenden Arbeiter gegenseitig überboten, lehnten sie es auch hohnvoll ab, zu einem günstigen Abschluß der mitteldeutschen Bewegung beizutragen, als es an der Zeit und auf Grund der objektiven Bedingungen durchaus möglich war. Um ihren Verrat dokumentarisch zu belegen, veröffentlichen wir das Protokoll einer gemeinsamen Sitzung der drei Parteien, die auf Veranlassung der Geraer Betriebsrätezentrale am 30. März in Leipzig stattgefunden hat.

Anwesend waren von der USP.-Zentrale Dittmann und Crispien. Außerdem hatten mehrere Thüringer Ortsgruppen Vertreter entsandt. Die Zentralleitung der SPD. war nicht vertreten. Leber-Jena (SPD.) erklärte, infolge zu plötzlicher Anberaumung der Sitzung als Organisationsvertreter nicht in Betracht zu kommen. Von der VKPD. waren Delegierte erschienen aus verschiedenen Orten Thüringens, sowie aus Leipzig je ein Vertreter der Bezirksleitung Westsachsens, der kommunistischen Betriebsrätefraktion und des Aktionsausschusses. Die Zentrale der VKPD. war nicht vertreten. Die KAP. hatte den Genossen Helbig-Leipzig und einen Geraer Genossen delegiert. Der ADGB. war nicht vertreten.

Die Leitung der Sitzung hatte der Vorsitzende der Geraer Betriebsrätezentrale (USP.). Der Einberufer betonte einleitend, daß die Sitzung zusammenberufen sei, um die Frage zu besprechen, wie die Aktion der mitteldeutschen Arbeiter zu einem günstigen Abschluß gebracht werden könne.

Dittmann (USP.): Die Bewegung in Mitteldeutschland ist isoliert von den sozialistischen Parteien durch die Kommunisten herbeigeführt worden. In geradezu verbrecherischer Weise haben sie das Proletarat in eine aussichtslose opferreiche Aktion getrieben. Es kann nicht unsere Aufgabe sein, den Kommunisten jetzt zu helfen, wo die von uns vorausgesehene Niederlage in Erscheinung tritt. Die Kommunisten müssen die Aktion selbst beenden. Aufgabe der USP. kann es nur sein, die Racheaktion der Gegenrevolutionäre zu verhindern. Wir werden alle unsere Kräfte aufbieten, um die Opfer des Kampfes vor den Klauen der Ausnahmegerichte zu schützen. Wir lehnen es ab, jetzt in die verlorene Aktion einzugreifen. Jede Partei muß so handeln, wie sie es für richtig hält. Die Kommunisten mögen selbst auslöffeln, was sie eingebrockt haben.

Der Vertreter der VKPD.-Bezirksleitung Westsachsens, Ulbrich, antwortete wie folgt: Die Gegenrevolutionäre haben aus dem Kapp-Putsch gelernt, daß sie bei einem Rechtsputsch die Einheitsfront des Proletariats gegen sich haben und versuchen deshalb jetzt, die Arbeiterklasse in den verschiedenen Teilen des Reiches nacheinander systematisch niederzuschlagen. Es gilt daher dem ersten Angriff, den Hörsing in Mitteldeutschland einleitete, die Kampffront des revolutionären Proletariats entgegenzustellen. Unter dem Deckmantel des Kampfes gegen Verbrechertum schlägt Hörsing das Proletariat nieder und schafft damit die Voraussetzungen für die verschärfte Ausbeutung der Arbeiterklasse. Auf Hörsings militärische Aktion folgt notwendig die Durchführung des Kahr'schen Programms. Offen erklärte Hörsing, daß nach Mitteldeutschland die „Ordnungsaktion" in anderen Bezirken einsetzt. Z. B. haben die Meuselwitzer Betriebsräte das „Verbrechen" begangen, die Betriebsversammlungen während der Arbeitszeit abzuhalten. Durch militärische Maßnahmen soll das in Zukunft verhindert werden. Indem die Unabhängigen eine systematische Hetze gegen die „kommunistischen Verbrecher" führen, wirken sie als Wegbereiter der weißen Garden. Das gegenrevolutionäre Verhalten der USP. hat die Niederlage der Hettstedter Arbeiter verschuldet. Ihre eigenen Parteigenossen erlitten bedeutende Verluste, weil zum Beispiel das Verhalten der sächsischen Unabhängigen den Abtransport der in Sachsen stationierten Reichswehrtruppen nach den Kampfgebieten ermöglichte. Eine Niederlage der Arbeiter kann nur durch den Verrat der USP. zustandekommen. Es ist notwendig, daß Dittmann seine geheimnisvollen Andeutungen über die Hilfsaktion der USP. für die Opfer des Kampfes etwas ausführlicher präzisiert. Wir sind der Meinung, daß die Opfer der Aktion nur geschützt werden können durch Eroberung von Kampfpositionen, die das Wüten der Gegenrevolution unmöglich machen. Es gilt den Generalstreik auf breitester Basis zu steigern und den Machtorganen der Bourgeoisie die Kampforgane des Proletariats entgegenzustellen.

Dittmann (USP.): Es ist Sache unserer Parteileitung, die notwendigen Maßnahmen zum Schutze der Opfer des Putsches zu treffen. Aus dem folgenden wüsten Geschimpfe des Redners der VKPD. sind nachstehende Sätze beachtenswert:

Ueber die Ausführungen des Redners der VKPD. zu diskutieren, ist völlig zwecklos. Wie kann ein Mensch der Auffassung sein, daß wir uns in einer revolutionären Situation befinden? Es steht fest, daß die Putschaktion systematisch von der VKPD. inszeniert wurde. Auf Befehl Moskaus, unter dem Drucke der sympathisierenden KAP. war die Zentrale der VKPD. zu dieser Aktion gezwungen. Weil die vernünftigen Führer (Zetkin, Levi usw.) diese Politik nicht mitmachten, wurden sie aus der Zentrale entfernt. Das Vorgehen der VKP. ist die Folge der Spaltung. Diese Partei muß jetzt jene Versprechen einlösen, welche sie den Arbeitern gab, und macht daher Putsche. Die kommunistische Putschtaktik läßt sich nicht durch Reden verhindern. Durch ihre Handlungen müssen die Kommunisten abwirtschaften. Die Arbeiter werden dabei erkennen, daß die Taktik der USP. richtig ist und werden zurückkommen zu den revolutionären Arbeiterparteien, während die VKPD. zugrunde geht. Von der Zentrale der VKPD. hört und sieht man nichts. Die Führer haben sich in irgend einem Winkel verkrochen. Wo jetzt die Niederlage der Kommunisten in Erscheinung tritt, sollen wir Unabhängigen die Aktion weiterführen. Zuerst muß die kommunistische Leitung den Kampf abbrechen, dann läßt sich die Frage des Schutzes der Opfer besprechen. Ich lehne es ab, inbezug auf die Hilfsaktion für die Opfer des Kampfes konkrete Vorschläge zu machen. Diese Maßnahmen ergeben sich aus den Vorgängen der nächsten Wochen.

Crispien (USP.): Es ist kein Zweifel, daß Hörsings Vorgehen verurteilt werden muß. Zufällig fiel die Einleitung dieser Aktion zusammen mit den Aktionsbestrebungen der VKP. Vor Eröffnung des Kampfes der mitteldeutschen Kommunisten hätten die sozialistischen Parteien und Gewerkschaften zusammentreten müssen, um die Einheitsfront herzustellen. Wir hatten den Plan, nächstens durch gemeinsame Maßnahmen der sozialistischen Parteien die Entwaffnung der Orgesch systematisch durchzuführen. Indem die Kommunisten eine Teilaktion machten, haben sie die Verwirklichung dieses Planes verhindert. Somit stärken die Kommunisten durch ihr Vorgehen nur die Orgesch. — Selbstverständlich werden wir uns für die Opfer einsetzen. Die Verantwortung für diesen aussichtslosen Kampf tragen bis zuletzt die kommunistischen Führer.

Der Vertreter der VKPD., Bezirksleitung Westsachsen, Ulbrich, bemerkte dazu folgendes: Wir erklären nochmals, daß die Frage des Schutzes der Opfer nur gelöst werden kann durch Eroberung weiterer Kampfpositionen. Der Generalstreik ist auf breitester Grundlage durchzuführen. Verlassen sich die Arbeiter auf die leeren Versprechungen der USPD., dann wird es ihnen ergehen wie nach dem Kapp-Putsch. Es wäre zweifellos interessant, wenn die Zentralleitung der USPD. darlegte, mit welchen Mitteln sie die Orgesch zu entwaffnen gedenkt. Nachdem sie sich gegen die Gewaltanwendung ausgesprochen hat und jeden blutigen Konflikt mit den gegenrevolutionären Truppen verurteilt, fragen wir sie: Will sie etwa die Orgesch und die weißen Garden entwaffnen, indem sie ihnen Rosenwasser auf die Backen schmiert? Der Vorwurf, die Bildung der proletarischen Einheitsfront verhindert zu haben, trifft uns in keiner Weise, da wir in Erkenntnis der kommenden Situation die Kampfforderungen des Offenen Briefes formulierten, die von ihr abgelehnt wurden. (Dittmann ruft: Glauben Sie diesen Schwindel selbst?) Energisch weisen wir die gemeinen Anwürfe gegen unsere Zentralleitung zurück. Wir wissen, wo sie sich aufhält und daß sie ihre revolutionäre Pflicht tut. Sie kann sich allerdings nicht so offen betätigen, wie die der USPD., die als Zuhälter der Konterrevolution deren besonderen Schutz genießt.

Nach dieser objektiven Feststellung begannen die Unabhängigen zu toben und der Vorsitzende entzog dem Redner das Wort. Es wurde beschlossen, die Sitzung auf eine halbe Stunde zu vertagen, damit die Vertreter der verschiedenen Parteien sich fraktionsweise aussprechen können. Nach Wiedereröffnung der Sitzung erklärte Helbing von der KAPD., daß nur die Steigerung des Generalstreiks den Schutz der Opfer dieses Kampfes gewährleisten könne.

Für die USPD. erklärte der Redakteur Knauf, Gera: Die USPD. billigt die Ausführungen von Dittmann und Crispien in jeder Beziehung. Es sollen alle Wege beschritten werden, um die Verbindung der Arbeiterparteien herbeizuführen zum Schutze der Opfer des Putsches.

Der Vertreter der SPD. Leber, Jena, gab keine Erklärung ab, hatte aber schon vordem kurz dargelegt, daß die SPD. immer in diesem Sinne gewirkt habe. Durch langwierige Verhandlungen habe sie den Einmarsch der bayerischen Truppen nach Thüringen verhindert.

* * *

Ein besonderer Kommentar zu diesem Bericht erübrigt sich. Er weist das Wesentlichste nach, daß sowohl der SPD. wie der USPD. der absolute Wille zur Verhütung jedes offenen Kampfes mit der Reaktion anhaftet und daß sie beide nicht die Berechtigung haben, als Wortführerinnen des revolutionären Proletariats aufzutreten. Sie sind kleinbürgerliche Reformparteien, die sich nur noch in der Phraseologie unterscheiden und werden sich bei jeder Gelegenheit stets erneut als solche durch ihre Feigheit entlarven.

England.

Aussperrung von 5000 Arbeitern in Manchester. In Manchester wurden 5000 Arbeiter, die mit der Verfertigung von Kleidungsstücken beschäftigt waren, ausgesperrt. Der Grund der Aussperrung ist die Weigerung der Arbeiterschaft, eine 17,5prozentige Lohnverkürzung anzunehmen.

Die Revolutionierung der englischen Arbeitslosen. Wie aus Manchester gemeldet wird, fand dort kürzlich in der Stadthalle eine bemerkenswerte große Arbeitslosenversammlung statt. Die Resolution der Arbeiterpartei, die eine erhöhte Unterstützung der Erwerbslosen ver-

langte, wurde fast einmütig abgelehnt. Stattdessen gelangte eine Resolution zur Annahme, die Jenkins, der Vorsitzende des Arbeitslosenrates der Stadt, einbrachte. Diese Resolution erklärte, daß das Problem der Arbeitslosigkeit nur dadurch zu lösen ist, daß die Arbeiter selbst die Leitung der Industrie in die Hand nehmen. Die Arbeitslosen müßten entweder Arbeit oder eine Unterstützung in der Höhe der vollen Tariflöhne empfangen. Nach Annahme der Resolution stimmte die Versammlung das Lied von der roten Fahne an. — Auch diese Kundgebung hat wieder bewiesen, daß das Millionenheer der englischen Erwerbslosen von den kleinen Mittelchen der menschewistischen Führer nichts mehr wissen will und sich allmählich zu der Ueberzeugung durchringt, daß auch in England ganze revolutionäre Arbeit getan werden muß.

Die Wirtschaftslage in Petrograd.

Die Heizmaterialversorgung des Wentilewski-Werkes hat sich gebessert, so daß die Abteilungen für Erzeugung von Säuren, die im Februar stillgelegt waren, wieder in Betrieb gesetzt wurden. Ebenso besitzt die ehemals Chukowsche Seifensiederei Heizmaterial bis Ende April und ist in vollem Gange. Bei dem montanistischen Institute ist das erste kristallographische Institut der Welt eröffnet worden und hat den Namen des verstorbenen Professors Fedorow, des Begründers der kristallographischen Wissenschaft, erhalten.

Gewerkschaftliches.

Aus dem deutschen Bauarbeiterverband.

Aschersleben. In Aschersleben hat der Verbandsvorstand durch die Bezirksleitung den bisherigen von den Mitgliedern gewählten Zweigvereinsvorstand für abgesetzt erklärt und ihm die Vereinsutensilien, wie Beitragsmarken usw weggenommen. Die Mitglieder haben sich das Vorgehen des Verbandsvorstandes in einer Versammlung verbeten und beschlossen, daß der von den Mitgliedern gewählte Vorstand zu amtieren habe und nicht der von der Bezirksleitung eingesetzte. Auf Grund des Beschlusses hat der alte Vorstand seine Tätigkeit wieder aufgenommen. Der Zweigverein Aschersleben besteht in seiner vollen Stärke (400 Mitglieder) mit wenigen Ausnahmen nach wie vor und wird sich weiter als Mitglied des Deutschen Bauarbeiterverbandes betrachten, bis ein Verbandstag tagt, der zu dem Fall des Zweigvereins Aschersleben Rede und Antwort stehen wird.

Als Kassierer wurde von der Bezirksleitung eine Person eingesetzt, die schon als Kassierer Gelder unterschlagen hat, also genau dasselbe Bild wie in Chemnitz, dort einen Streikbrecher und hier einen Defraudanten. Der Verbandsvorstand legt keinen Wert auf Ehrlichkeit und anständige Gesinnung, sondern auf blinden Gehorsam und unbedingte Gefolgschaft.

Chemnitz. Hier hat Toepfer die Spaltung der Gewerkschaften wahr gemacht. Er hat einen Aufruf erlassen, wonach sich die gesinnungstüchtigen Kollegen (lies Streikbrecher usw.) als Einzelmitglieder anmelden sollen. Es sollen sich auch bereits, wie Toepfers Trabant Schmidt erklärt hat, ca. 300 Mitglieder, in einem anderen Zusammenhang hat er auch von 600 Mitgliedern gesprochen, angemeldet haben. Also von rund 5000 Mitgliedern sind dem Freund Toepfer höchstens 600 Mitglieder gefolgt. Daraus ist ersichtlich, daß die Chemnitzer Kollegen treu zu ihrer Ueberzeugung stehen und sich von Toepfer und der Bezirksleitung nicht beirren lassen. Obwohl die Bezirksleitung weiter versucht, den Chemnitzer Bezirksverein dadurch arbeitsunfähig zu machen, daß sie in alle Zahlstellenversammlungen geht, um die Kollegen zu überreden versucht, sich entweder Toepfer anzuschließen oder sich vom Chemnitzer Verein loszulösen und selbständige Zweigvereine zu bilden, wird sie keinen Erfolg haben. Die Kollegen des Bezirksvereins Chemnitz kennen die Macht einer geschlossenen Organisation und werden für sie kämpfen.

Berlin. Der Verbandsvorstand kann natürlich auf seinen bisherigen Lorbeeren nicht ausruhen und hat deshalb auch schon die Spaltung der Berliner Bezirksvereine eingeleitet. Er hat den 2. Vorsitzenden, den Kollegen Paul Kaiser und den Kollegen Schiele aus dem Verband ausgeschlossen. Die Berliner Kollegen werden sich diese Provokation nicht gefallen lassen und in den kommenden Bezirksversammlungen sowie in der Generalversammlung dazu Stellung nehmen, um dem Verbandsvorstand die Antwort zu erteilen, die ihm gebührt.

Stettin. Die Stettiner Kollegen haben in einer Versammlung am 31. März zu den Ausschlüssen der Kollegen Andre und Pieh m Stellung genommen und im Anschluß daran beschlossen, daß der Kollege Andre, bisher besoldeter Vorsitzender, sein Amt weiterführen soll. Dabei wurde besonders das Verhalten des Bezirksleiters Schauer kritisiert. Auch die Stettiner Kollegen stehen zur Einheit ihrer Organisation und werden sich diese durch die Maßnahmen der Toepfer und Schauer nicht zerschlagen lassen.

Leipzig: Bei der Angestelltenwahl der Bezirksleitung hatte die Liste der bisherigen Beamten 1125 Stimmen und die Liste der VKPD.-Fraktion 1367 Stimmen erhalten. Trotzdem erklärten die Bielig und Genossen sich für gewählt. Damit werden sich unsere Genossen keineswegs zufrieden geben und werden für Aufklärung unter den Mitgliedern sorgen. Die Mitglieder haben hier die Pflicht, die Beschlüsse der Mehrheit durchzuführen.

Landarbeiterstreik in Deutschland.

Streik der norddeutschen Landarbeiter.

Der „Lokal-Anzeiger" meldet:

Swinemünde, 6. April. Der Landarbeiterstreik auf der Insel Usedom, der bisher nur wenige Güter umfaßte, hat an Ausdehnung zugenommen. Es wird jetzt auf etwa zehn Gütern gestreikt. Alle Verhandlungen waren bisher resultatlos. Die Aufsichtsbehörde hat das Einsetzen der technischen Nothilfe angekündigt.

* * *

Hamburg, 6. April. Nachdem am 1. April der Lohntarif abgelaufen war, haben die Landarbeiter in den Kreisen Freiburg a. d. Elbe, Keldingen und Hadeln zum größten Teil die Arbeit niedergelegt, weil ein neuer Tarif nicht zum Abschluß gekommen ist.

Landarbeiterstreik in Pommern.

Die „Deutsche Allg. Ztg." berichtet:

Stettin, 6. April. In Pommern droht wieder ein allgemeiner Landarbeiterstreik auszubrechen. Der Landarbeitertarif ist in fast allen Kreisen am 1. April abgelaufen. Zum Abschluß neuer Verträge ist es bisher nicht gekommen, da sich der Landarbeiterverband ebenso wie früher weigert, die Arbeitnehmergruppe des Landbundes als Organisation anzuerkennen. Auf verschiedenen Gütern sind die Arbeiter bereits in den Streik getreten. Auf dem Gute Müssow im Kreise Greifswald gingen polnische Schnitter mit Spaten auf zwei Gutsbeamte los und verletzten sie schwer.

Landarbeiterstreik in Ostpreußen.

Die TU. meldet aus Königsberg unterm 6. April, daß auf mehreren Gütern im Kreise Labiau Streiks ausgebrochen sind. Der Streik wird nach den bisherigen Nachrichten größere Ausdehnung annehmen.

Auch das Landproletariat muß, wenn es sich nicht vollständig der Verelendung preisgeben will, den Kampf gegen das Junkertum aufnehmen, mögen es heute noch wirtschaftliche Forderungen sein, einmal wird auch vor ihnen die Frage stehen, ob Sein oder Nichtsein. Wir zweifeln nicht daran, auch die Landarbeiter werden dann an der Seite des revolutionären Proletariats stehen.

Lokales.

Breslau, den 9. April 1921.

Die Flüchtlinge aus Oberschlesien

hatten im Schießwerder eine Versammlung einberufen, die sich mit der traurigen Lage dieser Aermsten befaßte. Der Referent schilderte die Lage der Flüchtlinge und meinte, daß es durch Zusammenschluß derselben im Verband möglich sei, ihre Lage zu bessern. In der Diskussion brachten die einzelnen Sprecher Tatsachen vor, die die traurige Lage der Flüchtlinge schilderte und zeigten, in welcher rigorosen Form die Flüchtlingsfürsorge diese Aermsten behandelt. Wenn man bedenkt, welcher Tam-Tam aufgewandt wurde, um die „lieben oberschlesischen Brüder" an ihre Pflicht zu erinnern und zur „Rettung des Vaterlandes" durch Abgabe ihrer Stimme zu bewegen, so mahnt die Behandlung, die ihnen nach dieser Erfüllung ihrer Pflicht zuteil wird, allzusehr an den berühmten „Dank des Vaterlandes". Der Versammlung bemächtigte sich bei Bekanntwerden der einzelnen Klagen einer starken Erregung. Plötzlich wurde dieselbe vom Polizeikommissar Lyß geschlossen, angeblich um die Ordnung aufrecht zu erhalten. Im selben Augenblick erschien Sipo im Saale und räumte denselben. Wie immer: die Wahrheit können die Herrschaften nicht hören, da greifen sie lieber zur Gewalt. Kritik, die sich gegen die hohen Behörden richtet, muß ja auch von vornherein unmöglich gemacht werden.

Nach dem **Lunapark** führt ein vielen Breslauern noch unbekannter Weg über die im schönsten Frühlingsgrün prangenden Ohlewiesen und zwar von der Endstation der städtischen Straßenbahn, Linie 5, aus, indem man von dieser links abbiegt und die Fähre an der Straußschen Badeanstalt über die Ohle benutzt. Der staubfreie und darum sehr angenehme Weg, auf welchem man in etwa 5 Minuten den Lunapark erreicht, verdient auch in weiteren Kreisen bekannt zu werden.

Versammlungskalender.

Kommunistische Jugend, Breslau. Gruppe West, Sonnabend, abends 7 Uhr, Endstation der Linie 11, Matthiasstraße. Ausflug nach Dörndorf.

Dienstag Funktionärversammlung im Parteibüro.

Herausgeber: „Sozialistischer Verlag e. G. m. b. H." Verantwortlich für den gesamten Inhalt Ernst Becker, für Inserate: Sozialistischer Verlag e. G. m. b. H. Druck: Buchdruckerei Büffel & Danigel, sämtlich in Breslau

Stadttheater.
Sonnabend 7 Uhr:
Fidelio.
Sonntag nachm. 3 Uhr:
Zar u. Zimmermann.
Abends 7 Uhr:
Carmen.

Lobe-Theater.
Sonnabend 7½ Uhr:
Ueber unsere Kraft.
1. und 2. Teil.

Thalia-Theater.
Sonnabend 7½ Uhr:
Die Maus.

Schauspielhaus.
Operettenbühne. 2L.R.2545
Sonnabend, Sonntag,
Mittwoch 7½ Uhr:
Die Dame in Rot.
Sonntag nachm. 3½ Uhr:
Die Faschingsfee.
Montag 7½ Uhr:
Die blaue Mazur.
Dienstag 7½ Uhr:
Der letzte Walzer.

Liebich-Theater
Täglich 7½ Uhr:
Der grosse Erfolg des April-Programms.

Kammer-Lichtspiele
Schweidnitzer Strasse.
Die zwei grössten Monumental-Sittenfilme aller Zeiten:
Lissa Krause
in ihrer fabelhaften Rolle in:
Im Banne wilder Leidenschaften.
Dazu:
Der zweite grosse Sittenfilm
Die elegante Dame der großen Welt
6 Großakte.

Westend...
Das große Abenteurer-Programm!
Carl de Vogt
als Meister-Detektiv gegen die berüchtigte Hochstapler-Bande
Die 13 aus Stahl!
Ein lebensgefährlicher Verfolgungskampf in 6 Akten.
Ausserdem:
Stuart Webbs
in seinem 4 aktigen Sensations-Abenteuer:
Die geheimnisvolle Villa!
In den Kinder-Vorstellungen:
Das grosse Märchen:
Dornröschen
4 Akte.

Volksgarten-Lichtspiele
Michaelisstr. 48
Nur bis Montag!
„Nirvana"
1. und 2. Teil zusammen.
1. Teil:
Das Haus des Schreckens
6 Akte abenteuerreicher Sensationen und atemraubender Spannung.
Ferner: 2. Teil
Der Ueberfall auf die Telegr.-Station
4 nervenpeitschende Akte.

Odertor-Lichtspiele
Weinstrasse 53/55.
Nur noch heute!
Der erfolgreichste Detektiv-Schlager
Der Hund von Baskerville
5. Teil: Das Sanatorium Dr. Macdonald.
Sonntag und Montag!
Der grösste und sensationellste Episoden-Ausland-Schlager
Die Vampire
Die Schrecken aller Detektive.
1. Teil — 3 Episoden.
1. Epis.: Der Kopf des Opfers
2. Epis.: Der Todesring.
3. Epis.: [illegible]
Ferner:
Das humorvolle Beiprogramm.

Ober-Bayern
Gartenstr. 65
Täglich
die urfidelen
Oberlandler
[illegible]

Jede Dame
verwende zur Körperpflege die neuesten konkurrenzlosen
Schönheitsmittel
bei Frau
Clara Fuhrmann
Breslau 8A, Brüderstr. 20.4

Händler! Hausierer!
Insekten [illegible] billig alle Waren (Seife 2,50, Sternzwirn 38 Pf.) bei L. Lehnert, Bohrauerstr. 7.

Schauburg
Viktoria-Theater
Neue Taschenstraße
Täglich ab 4 Uhr:

D. K. Theater
Friedr.-Wilh.-Str. 35.
Täglich ab 4½ Uhr:

Gelbe Bestien
(Wilde Tiere, wilde Weiber, wilde Leidenschaften.)
3. Etappe des gross. Abenteurer-Filmes:
Der Mann ohne Namen
Original-Aufnahmen: Venedig, Serajewo, Pyrano, Cattaro, Marokko.
Ausserdem:
Karlchen bei Professor Steinach
und die neue Varietéschau.

T. T.
Tauentzienplatz 15
Vom 8. bis einschl. 14. April:
Begierde
(Das Abenteuer der Katja Nastjenko)
Ein Drama aus russisch. Vergangenheit.
Es bleibt in der Familie
Eine amüsante Geschichte mit
Paul Heidemann
in der Hauptrolle.
Beginn: 4 Uhr,
Sonn- u. Feiertags 3 Uhr.

Ufa
Ab heute:
Das beste Filmwerk dieser Saison!
Tobias Buntschuh
nach dem gleichnamigen Schauspiel von
Carl Hauptmann.
Nero, der Tyrann v. Rom
Glänzendes Lustspiel.
Beginn pünktlich 4 Uhr
Sonntag 3 Uhr.

Wieder eingetroffen:
Die wirtschaftlichen Probleme der proletarischen Diktatur
von Dr. Eugen Varga.
II. unveränderte Auflage. Preis 12.— Mk.
„Dieses Buch weist dem kämpfenden Proletariat Fingerzeige und Lösungen für die mannigfaltigen Probleme, die das Proletariat lösen muß, wenn die Diktatur aufgerichtet ist. Es ist so leichtverständlich geschrieben, daß auch der einfachste Arbeiter das Buch lesen kann. Besonders wichtig sind die einzelnen Kapitel über die Lebenshaltung in der Diktatur, das Problem der Beamtenschaft, die Lebensmittelversorgung, das Geldproblem in der Diktatur.
Kommunistische Bücherei
Breslau 5, Gräbschener Strasse 45.

Kommunistische Literatur
Bucharin, Der Klassenkampf und die Revolution in Rußland . . . 1.50 Mk.
Marchlewski. Polen und die Weltrevolution . 1.00 Mk.
Betriebsräte und politische Arbeiterräte . . . 1.50 Mk.
Brandler, Gewerkschaften und Betriebsräte . 2.00 Mk.
Der weiße Schrecken in Polen . . . 1.00 Mk.
Rakos, Revolutionäre Gerichtsbarkeit . . . 3.00 Mk.
Lenin, Die nächsten Aufgaben der Sowjetmacht 1.50 Mk.
Losowsky, Eroberung und Zerstörung der Gewerkschaften . . . 1.25 Mk.
Szantó, Klassenkämpfe und Diktatur des Proletariats in Ungarn . . . 6.50 Mk.
Zu beziehen durch:
Kommunistische Bücherei
Breslau 5, Gräbschener Straße Nr. 45.